

CDU-WIRTSCHAFTSRAT

Der Wirtschaftsrat der CDU fordert die Steuerfreiheit der geplanten Gasumlage. Die Bundesregierung plant die Verteilung der Kosten der Rettung von Uniper und möglicher weiterer systemrelevanter Gashändler und -verteiler mittels einer Umlage auf die Gesamtheit der Gaskunden zu verteilen. Nach aktueller Rechtslage würden auf diese Umlage, die eine vierköpfige Familie ohnehin mit 1000 Euro oder mehr belasten würde, auch noch 19 Prozent Umsatzsteuer fällig werden. „Der

Staat darf nicht ständig als Krisengewinnler auftreten und bei den ohnehin hohen Zusatzbelastungen für die Bürger auch noch Umsatzsteuer kassieren“ betont Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Rates. „Wir fordern die Bundesregierung auf, eine Änderung der Rechtslage in die Wege zu leiten, um die Belastung der Bürger zu begrenzen. Die Steuerfreiheit der Gasumlage ist das Mindeste.“